

Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen spitzt sich zu

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite steigen ungebremst / niedrigste Investitionsrate / höchste Pensionslasten / regionale Spaltung

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Nordrhein-Westfalen spitzt sich weiter zu. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. So entfällt die Hälfte aller Kassenkredite, denen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber stehen, auf Kommunen in NRW. Zwischen 2007 und 2011 stiegen sie noch einmal um 59 Prozent. „Die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich. Viele Städte sind in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen“, sagte Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Stiftung. Zusätzliche Risiken bestehen in den geringen Bauausgaben, steigenden Pensionslasten und hohen Zinsrisiken. Die Bertelsmann Stiftung spricht sich daher dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig sollte auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in NRW zum Stichtag (31.12.2011) betrug 47,8 Milliarden Euro. Das sind über 10 Milliarden mehr als 2007. Die Kassenkredite stiegen von 13,7 auf 21,7 Milliarden Euro. Sie machen mittlerweile 45 Prozent aller kommunalen Schulden aus. In Sachsen sind es nur 2 Prozent. Die Hälfte aller Kassenkredite entfällt bundesweit auf die Kommunen in NRW. Auch dieser Anteil wächst stetig. Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie im Grunde nur der Liquiditätssicherung dienen sollten. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäude und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird.

Derzeit profitieren die verschuldeten Städte und Gemeinden von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Erhöhung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte René Geißler, Finanzexperte und Mitverfasser der Studie. „Das Zinsniveau des Jahres 2001 zu Grunde gelegt, wären die Zinsausgaben in NRW rund 1 Mrd. Euro höher als heute“, so Geißler.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. NRW liegt mit 1.216 Euro an dritter Stelle, weit über dem Durchschnitt von 580 Euro. Unter den Top ten der höchstverschuldeten Städte Deutschlands sind 5 aus NRW. An der Spitze steht Oberhausen mit 6.870 Euro pro Kopf. Die bedrohlichsten Anstiege zwischen 2007 und 2011 verzeichneten der Kreis Herford und die Stadt Gelsenkirchen, die ihre Bestände pro Einwohner jeweils verfünffachten. In keiner kreisfreien Stadt oder Landkreis sanken die Kassenkredite.

Grundsätzlich ballen sich die Problemlagen in den kreisfreien Städten, vor allem im Ruhrgebiet. Auf der anderen Seite gibt es auch in NRW gesunde Regionen, so das Münsterland oder Ostwestfalen. „Die Schere geht weiter auseinander“, sagte Geißler. „Die Konflikte zwischen den Städten wachsen.“

Die Haushaltskrise der NRW-Kommunen drückt sich in den bundesweit niedrigsten Bauausgaben aus. Sie erreichen pro Kopf weniger als die Hälfte des bayerischen Niveaus. Das hat problematische Auswirkungen für die Infrastruktur. Ein weiterer Indikator ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. In NRW sind die Geldschulden mehr als vier Mal höher als das Finanzvermögen. In Baden-Württemberg werden die Schulden hingegen vollständig gedeckt.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer größerer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. NRW liegt hier mit 50 Prozent unterhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Der Blick auf die Steuern verrät, dass die lokale Politik ihre Verantwortung auf der Einnahmeseite durchaus wahrnimmt. Die Gemeinden NRWs haben nach Sachsen die höchsten Hebesätze der Grundsteuer B deutschlandweit. An der Spitze stehen die Städte Leverkusen, Solingen und Essen mit 590 Punkten. Deutschlandweit führen diese Liste Leipzig und Dresden mit 650 und 635 Punkten an. Düsseldorf erhebt unter den kreisfreien Städten mit 440 Punkten den niedrigsten Hebesatz. Düsseldorf ist auch die einzige kreisfreie Stadt, in der der Hebesatz zwischen 2007 und 2011 sank. In Gelsenkirchen, Hamm, Krefeld, Mönchengladbach und Remscheid blieb er konstant. Die niedrigsten Hebesätze NRWs finden sich in den Gemeinden des Kreises Gütersloh mit 352 Punkten.

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die hoch verschuldeten und oftmals schrumpfenden Kommunen allein kaum möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Kirsten Witte. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Die Landesregierung NRW erfind den Stärkungspakt. Darüber hinaus fordert der Finanzreport, die kommunalen Haushaltsnöte in der anstehenden Neuverhandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu berücksichtigen und die Haushaltsdisziplin über eine wirksame Schuldenbremse zu erhöhen.

Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:

Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal www.wegweiser-kommune.de.

Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und Presse-Grafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de